

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Ausdräger
und für Auswärtige die Postanstalten
an. — Erscheint wochentlich.
Sprech- und Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungspreis für den Jahrgang 1922
12 Pfennige, für den halbjährigen 6 Pfennige,
für den vierteljährigen 3 Pfennige, auswärts
plus 50 Pfennige, auswärts plus 1 Mark
1 Mark, auswärts plus 1 Mark 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1999

Nr. 24

Sonnabend, den 29. Januar 1922

22. Jahrgang

Befetzung der Ministerien.

Abgabe der Demokraten.

Berlin, 28. Jan. Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der neuen Regierungsparteien im Reich haben sich lediglich um die Verteilung der Ministerien auf die einzelnen Parteien gedreht, während die Besetzung der Ministerposten nicht zur Debatte stand. Laut „Volksanzeiger“ hat sich die Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei offiziell mit der Frage der Kandidaten für die einzelnen von ihr zu besetzenden Posten überhaupt noch nicht befaßt. Die gestern im Umlauf befindliche Ministerliste beruht daher lediglich auf Kombinationen. Die „Kreuzzeitung“ meldet, daß infolge der überaus langwierigen und anstrengenden Besprechungen, die für die Verhandlungsteilnehmer eine harte Nervenprobe bedeuteten, Dr. Marx gestern Abend nach Schluß der Verhandlungen einen leichten Schwächeanfall erlitt, von dem er sich erfreulicherweise bald wieder erholte.

Die letzte Entscheidung über die Befetzung der einzelnen Ressorts dürfte in den für heute Abend einberufenen Präzisionsbesprechungen des Zentrums und der Deutschen Nationalen fallen, die sich vielleicht bis in die Nacht ausdehnen. Bisher werden folgende Namen genannt: Zentrum: Reichskanzler Dr. Marx, Reichsfinanzminister der badische Staatspräsident Dr. Köhler, Arbeitsminister Dr. Brauns, besetzte Gebiete Dr. West: Deutsche Nationalen: Justiz Graf T. Arngren oder Dr. von Dröbner, Inneres von Lindner-Wilau, Ernährung und Landwirtschaft Schiele oder Frhr. von Stauffenberg, Verkehr Dr. h. c. Koch; Deutsche Volkspartei: Außenminister Dr. Stresemann, Wirtschaftsminister Dr. Curtius. Reichspostminister Stinlg. (Wahr. Sp.) dürfte im Amte bleiben, ebenso Reichswehrminister Dr. Gehler. Diese jetzt in den Wandelgängen besprochene Ministerliste kann natürlich noch nicht als authentisch gelten.

Die demokratische Fraktion des Reichstages hat einstimmig beschlossen, sich an der Regierung nicht zu beteiligen. Zur Begründung veröffentlicht sie folgende Erklärung:

„Die Deutsche Demokratische Fraktion bedauert, daß die Verhandlungen über eine Koalition der Mitte vom Reichskanzler Marx vorzeitig abgebrochen sind. Eine tragfähige Koalition der Mitte hätte sich auf Grund des Zentrumsmanifestes bilden lassen. Sie ist, ebenso wie die Große Koalition, daran gescheitert, daß starke Kräfte unter Ablehnung aller anderen Möglichkeiten von vornherein auf die Rechtsregierung hingearbeitet haben. Die Richtlinien, die mit den Deutschen Nationalen vereinbart sind, dokumentieren einen wesentlichen

Gesinnungswandel der Deutschen Nationalen Volkspartei.

Sie bedeuten eine völlige Preisgabe der bisherigen deutschnationalen Opposition gegen die Außenpolitik von Rathenau bis Stresemann. Innenpolitisch bedeuten sie, wenn sie auch hinter dem Zentrumsmanifest zurückbleiben, eine Anerkennung der Republik und den Schutz ihrer Symbole, während bisher der Staatsform und den Farben Schwarz-Rot-Gold der erbitterte Kampf der Deutschen Nationalen galt. Auf dem Gebiet einer Reform der Reichswehr werden weitgehende Versprechungen in unserem Sinne gemacht.

Dagegen weisen die ohne unsere Mitwirkung festgestellten Richtlinien auf dem Gebiete der Schule eine unerträgliche Einseitigkeit auf, die abzuändern keine Bereitschaft besteht. Bei der Aufstellung der Voraussetzungen, unter denen der Aufbau des Schulwesens erfolgen soll, sind die Kernpunkte — staatliche Schulhoheit und geordneter Schulbetrieb — weggelassen. Die Forderung vollständiger Gleichberechtigung der Konfessionellen und der weltlichen Schule mit der Gemeinschaftsschule steht im Widerspruch mit der Reichsverfassung und den Erklärungen, die sämtliche Parteien der Weimarer Koalition zu dem Artikel 146 abgegeben haben. Die Fraktion ist der Meinung, daß die Grundlagen des künftigen Schulgesetzes in der Verfassung festgelegt sind und daß eine einseitige, nur die Wünsche der einen Richtung betonende Abfassung derartiger Richtlinien den Weg zu einem befriedigenden Schulgesetz verbaut.

Weiter sieht die Fraktion einen besonders bedenklichen Mangel in dem Fehlen wirtschaftspolitischer Richtlinien. Sie muß befürchten, daß der heftige Widerstand der Deutschen Nationalen gegen die Reichshörsing-Finanz- und Steuerpolitik, gegen eine exportfördernde Handelsvertragspolitik und gegen eine vom Reich maß-

geblich geführte Geldpolitik sich verheeren und die gesamte Wirtschaft einschließlich des Mittelstandes auf das schwerste gefährden wird.

Über überhaupt betrachtet die Deutsche Demokratische Fraktion den Wert solcher Richtlinien als problematisch, wenn die Zusammensetzung der Regierung nicht die Gewähr für eine gute Durchführung gibt. Diese Gewähr ist nicht in einem Kabinett zu erblicken, in dem Männer eine führende Stellung haben, deren heutige Worte mit ihren Taten und Worten von gestern in unauflöslichem Widerspruch stehen und in dem ein auch nur einigermaßen hinreichendes Gegengewicht gegen ihren Einfluß nicht geschaffen werden kann.

Die Fraktion glaubt deshalb in der Opposition mit besserem Erfolge für die Erfüllung der in den Richt-

linien gegebenen Versprechungen, für die Wahrung der deutschen Weltfreiheit und für die Sicherung einer gesunden Wirtschafts- und Finanzpolitik und einer gerechten Steuerpolitik wirken zu können.“

Berlin, 27. Jan. Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, ihre Erklärung den bisherigen Ministern Dr. Gehler, Dr. Käpff und Dr. Reinhold mitzuteilen und der Bitte Ausdruck zu geben, sich an der neuen Regierung nicht zu beteiligen. Die Erklärung ist auch dem Reichskanzler Dr. Marx übermittelt worden zugleich mit der Erklärung der Fraktion, nicht an der Bildung der neuen Regierung teilzunehmen.

Vertagung des Reichstages bis 3. Februar.

Berlin, 27. Jan. Der Reichstag vertagt sich auf Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Die chinesische Küste voll englischer Waffen.

Die „Labour Party“ demonstriert für Frieden im Osten.

Der „Courant“ telegraphiert aus London: Ueber die gestrige vierstündige Kabinettsitzung meldet Reuters: Das Kabinett setzte die Höhe der zu mobilisierenden Truppen auf 35 000 fest. Gleichzeitig wurde dem Abgang der Birtulnote an die Chinamächte zugestimmt.

London, 27. Jan. Wie gemeldet wird, werden 8400 Offiziere und Mannschaften von London und Southampton morgen und Sonnabend abfahren.

London, 27. Jan. Laut „Star“ verlautet, daß sich nach Eintreffen des Flugzeugmuttereschiffes „Argus“ in den chinesischen Gewässern dort ungefähr 80 britische Flugzeuge befinden werden.

London, 27. Jan. Der belgische Minister des Auswärtigen, Vandervelde, ist heute hier eingetroffen. Es verlautet, daß er mit Chamberlain über die Lage in China sprechen wird.

Schanghai von Kantontruppen besetzt.

Paris, 27. Jan. Der „Herald“ meldet aus Schanghai: Die Kantontruppen sind der englischen Besatzung zuvorgekommen. 8000 Mann Kantontruppen mit vieler Artillerie sind in Schanghai eingerückt und beginnen, die Stadt in Verteidigungszustand zu setzen.

Rundgebung der englischen Arbeiterpartei zur chinesischen Frage.

London, 27. Jan. In einem von der Arbeiterpartei veröffentlichten Bericht wird die prahlerische militärische Rundgebung gegen die Kantonregierung beklagt, da sie gerade das Unglück herbeiführen könnte, das sie angeblich verhindern soll. Die britische Arbeiterbewegung fordert die ehrliche Weiterführung friedlicher Verhandlungen mit China unter Verzicht auf Drohung mit bewaffneter Macht, ferner die Aufhebung von Verträgen, die gerechter Weise nicht durchgeführt werden dürfen, und freundschaftliche Vereinbarungen zur beiderseitigen Abschaffung von Zuständen, die von diesen Verträgen abhängen.

Der vereinigte nationale Rat beschloß, diese Entschliebung dem kantonesischen Außenminister telegraphisch mitzuteilen mit einer begleitenden Botschaft, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Minister sein Möglichstes tun werde, um über eine Regelung zu verhandeln und irgendwelche Zwischenfälle zu verhindern.

Der „Vorwärts“ meldet aus London: Das gemeinsame Chinasomitee der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften beschloß, in ganz Großbritannien öffentliche Demonstrationen für den Frieden mit China zu veranstalten.

London, 27. Jan. Die unabhängige Arbeiterpartei hat dem kantonesischen Außenminister ein Telegramm geschickt, in dem sie für die Zurückziehung der britischen Streitkräfte aus chinesischen Gebieten und Gewässern eintritt und der erfolgten Erklärung der Arbeiterpartei voll zustimmt. Um eine vereinte Opposition gegen die imperialistische Politik der Regierung gegenüber China herbeizuführen, hat die unabhängige

Arbeiterpartei eine für den 6. Februar von ihr anberaumte Versammlung abgesagt und beschlossen, mit der Arbeiterpartei und dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses bei einer am selben Tage veranstalteten Versammlung mitzuwirken.

Senator Borah für ein freies China.

Washington, 27. Jan. Der Vorsitzende des Außenaußschusses des Senates Borah führte über die Lage in China aus, die Politik der Vereinigten Staaten im fernen Osten müsse für ein freies China eintreten. Seiner Meinung nach könne das Vorgehen Großbritanniens, das eine starke Streitmacht und Flotte nach China sende, zu einer Katastrophe führen.

Fortschritt in den Verhandlungen zwischen O'Malley und Tchen.

London, 27. Jan. Der amtliche britische Funkdienst meldet: In den Verhandlungen zwischen O'Malley, dem Abgesandten der britischen Gesandtschaft in Peking, und dem Minister des Auswärtigen der Kantonregierung Tchen scheint nunmehr ein Stadium erreicht zu sein, in dem es dem britischen Vertreter möglich ist, ein spezifiziertes Angebot zu machen, das auf die Einzelheiten der in dem britischen Memorandum enthaltenen Vorschläge eingeht. Im übrigen, fügt der englische Funkdienst hinzu, ist der Wortlaut dieses Memorandums bisher nicht veröffentlicht worden, und die im Umlauf befindlichen Versionen über den Text sind daher mit Vorsicht aufzunehmen.

Erhebung eines neuen Zolles durch die Kantonregierung.

Schanghai, 27. Jan. Nach einer Blättermeldung erhebt die Kantonregierung vom 25. Januar ab einen 7 1/2-prozentigen Zoll, unabhängig von dem in Schanghai gezahlten Zoll.

Verurteilung chinesischer Seeräuber zum Tode.

Hongkong, 27. Jan. Der Prozeß gegen die 20 chinesischen Piraten, die an einem Angriff auf den britischen Dampfer „Sunning“ am 15. November beteiligt waren, ging heute zu Ende. Sechs der Gefangenen sind zum Tode verurteilt worden.

Sympathie-Rundgebung der Kantonregierung für Deutschland.

Berlin, 27. Jan. Den Blättern zufolge hielt der Ministerpräsident der Kantonregierung Tannienkat bei einer deutschen Krankenhausbesichtigung in Kamjung eine Rede, in der er erklärte: „Deutschland ist jetzt arm. Es kann nicht mehr so viel Geld ausbringen für Schulen und Krankenhäuser wie ehemals. Deswegen müssen wir Chinesen selbst Geld besteuern. Die Deutschen stellen dafür ihr Wissen und ihr Herz in unseren Dienst, und dafür wollen wir ihnen dankbar sein, zumal deutsches Wissen heute als das gründlichste und beste gilt. Wenn gegen Engländer und Franzosen Front gemacht wird, ist das wohl begreiflich, aber gegen die Deutschen, auch gegen die Kapellen der Deutschen sich zu wenden, ist Unsinn, denn die Leute von diesen Kapellen stellen sich in den Dienst des chinesischen Volkstums.“